

## Wahlen zum Europaparlament 2024

### Gedanken und Konsequenzen

Mit den EU-Wahlen haben sich nicht nur die Machtverhältnisse innerhalb des europäischen Parlaments verschoben: die Grünen haben – auch europaweit – an Zustimmung verloren, demgegenüber haben rechtsradikale Parteien an Zustimmung gewinnen können. Mit Blick auf eine nachhaltige Klimapolitik bedeuten beide Tendenzen eine deutliche Schwächung der erforderlichen politischen Basis. Im Rahmen der Wahlanalysen haben weitere Befragungen der Wählerschaft gezeigt, dass die Zustimmungswerte zu einer radikalen Klimapolitik schwinden und selbst die Rücknahme bereits beschlossener Maßnahmen (z.B. Verbot von Verbrenner-Motoren ab 2035) Zustimmung gewinnen. Kurz: die Voraussetzungen zur Umsetzung der Pariser Klimaziele und für eine nachhaltige Klimapolitik haben sich deutlich verschlechtert.

Gleichwohl lohnt sich eine differenzierte Analyse der Ergebnisse im Einzelnen, z.B. nach Alter, Region, Parteien sowie von Wählerwanderungen. Nachfolgend soll es jedoch zuerst einmal um einige Überlegungen zu „Tiefströmungen“ gehen, die mit den o.g. Veränderungen verknüpft sind und auf denen diese u.a. basieren.

*Eine erste Strömung* folgt aus der Kumulation von Krisen in Verbindung mit gravierenden ökonomischen und gesellschaftlichen Umbrüchen. Globalisierung und Digitalisierung verändern nicht nur die Ökonomie (in Produktion und Handel), sie verändern auch gewohnte „Konstanten“, wie z.B. die Bedeutung des Nationalstaats oder die Art der gesellschaftlichen Kommunikation und damit auch des Verhältnisses der Menschen untereinander. Damit einhergehende Transformationsprozesse werden verschärft durch mehrere Krisen, die gleichzeitig auftreten, wie die „Klimakrise“, die Kriege, u.a. in der Ukraine und in Israel/Gaza, sowie Migration und Flucht.

Vieles ist sowieso in Bewegung und Krisen zeichnen sich dadurch aus, dass die Richtung der Bewegung weitgehend und über einen langen Zeitraum unklar bleiben kann. Die aktuellen „Krisen“ hängen zudem zusammen und beeinflussen sich gegenseitig, was die Unübersichtlichkeit nochmal erhöht.

Schließlich bleibt weitgehend verdeckt, dass alle Wirkungen der o.g. Umbrüche, Veränderungen und Krisen auf die gesellschaftliche Wirklichkeit und das Leben der Menschen durch die „soziale Ungleichheit“ (oder auch: Ausbeutung) verschärft und wird. Die „soziale Ungleichheit“ trübt zudem den Blick für die kausalen und komplexen Zusammenhänge und geht mit Unsicherheit und Ratlosigkeit einher.

In Reaktion auf all diese Faktoren nehmen Unsicherheiten und Ängste zu und müssen bewältigt werden. Hierzu bieten sich verschiedene psychologische Mechanismen an, wie z.B. durch kognitive Anstrengungen das Verstehen verbessern, durch Verdrängen und aktives Ausblenden der täglichen Konfrontation mit Nachrichten und Bildern aus dem Weg gehen oder auch durch aktives politisches Handeln das Gefühl der Selbstwirksamkeit aufrecht zu halten. All diese Mechanismen helfen bei der Bewältigung, haben ihre Stärken aber auch ihre Grenzen.

Ein weiterer psychischer Mechanismus ist im Zusammenhang mit den o.g. Wahlergebnissen relevant: die „narzisstische Wut“. Sie ist ein explosives Gemisch aus Frustration, Kränkung und dem unbändigen Verlangen nach Anerkennung. Gespeist wird sie u.a. durch Unsicherheit und Angst. Die narzisstische Wut verhindert die Analyse der Ursachen ebenso, wie die Identifikation von Verantwortung und die Entwicklung von Strategien der Veränderung. Sie richtet sich richtungserblindet gegen „die Eliten, die in Berlin etc.“ und

gegen (vermeintlich schwächere) Menschengruppen, die als verantwortlich erklärt werden, wie gegenwärtig Migranten/Geflüchtete. Das dabei auch noch angenommen wird, man selber sei auserwählt, da man den Niedergang der Gesellschaft durchschaue und sie retten müsste, zeigt das Ausmaß der Verrückung.

Der Blick der „narzisstisch Wütenden“ richtet sich weder nach vorne, um Probleme zu lösen und die Zukunft zu gestalten oder – mit Blick auf die „Klimakrise“ gar zu retten, noch nach oben zur Identifikation realer Verantwortung und Arbeit am Abbau „sozialer Ungleichheit“. Im Gegenteil der Blick richtet sich zurück auf eine idealisierte Vergangenheit und nach unten. Nach unten wird dann auch getreten, was die Illusion von Macht (als Form einer Selbstbehandlung der erlebten Ohnmacht) erzeugt.

*Eine zweite Strömung* hat zu tun mit einem Politikmodell, das immer weniger in der Lage ist mit Widersprüchen umzugehen, die Gleichzeitigkeit von Gegensätzen zu managen und nach einem ausgewogenen sowohl als auch zu streben. Angesichts der bestehenden Anforderungen wäre ein Politikstil erforderlich, der die Gegensätze anerkennt und sich dialogisch und auch heftig um die Austarierung der Gegensätze streitet und nachhaltige und kommunizierbare Lösungskonzepte entwickelt. Was passiert ist das Gegenteil: Politik ergeht sich immer mehr im Gegeneinander, in der Aufgabe der gegenseitigen Bezogenheit und in der Polarisierung von Positionen, die dann unvereinbar erscheinen. Politische Gegner mutieren so schleichend zu Feinden.

Die o.g. Herausforderungen (Entwicklungen und Krisen) benötigen aber gerade die differenzierte und mehrdimensionale Analyse und ein ebensolches Handeln. Dies soll an drei Beispielen deutlich gemacht werden:

- Die Ukraine benötigt zur Selbstverteidigung massive Unterstützung gegen den Aggressor, moralisch, wirtschaftlich und militärisch. Gleichzeitig muss dies aber einhergehen mit belastbaren diplomatischen Anstrengungen, Friedensbemühungen in vielfältigen Dialogformaten. Gleichzeitigkeit - im Sinne eines ausgeglichenen Verhältnisses - sucht man in der öffentlichen Debatte wie in der praktischen Politik vergebens.
- Asylsuche und Flucht sind Fakt: Gestern, heute und morgen. Benötigt wird eine Politik, die das Recht auf Asyl sichert und Flüchtenden Hilfe gewährt und gleichzeitig die Rahmenbedingungen nach transparenten Kriterien definiert und Integration sichert. Auch in diesem Feld wird die öffentliche Debatte wie die praktische Politik von polarisierenden Positionen bestimmt („(bedingungslose Aufnahme“ vs „Abwehr/Abschiebung“).
- Wirksame und nachhaltige Klimapolitik benötigt entschiedenes Handeln mit einem gehörigen Anteil ordnungspolitischer Maßnahmen („es muss verboten werden“). Sie muss aber gleichzeitig berücksichtigen, dass Maßnahmen soziale Härten bedeuten können, Menschen (noch) keine Veränderung wollen und dass Transformationstempo höher sein muss, als viele bereit dazu sind. Deshalb müssen Belastungen real abgefedert werden, werden Symbole benötigt die von allen verstanden werden (z.B. Klimageld) und ist eine transparente, einfache und klare Kommunikation von Nöten. Die Transformation kann nur ökologisch und sozial erfolgreich sein. Gegenwärtig verkümmert jedoch der soziale Teil.

Diese beiden „Tiefenströmungen“ müssen überhaupt und auch bei der Frage, was folgert die Klimabewegung aus den Ergebnisse der EU-Wahl, beachtet werden. Was das bedeutet überfordert den Autor und erfordert eine kollektive Debatte. Erste Ideen könnten sein:

- Als erstes steht die Gewissheit, dass die Klimabewegung auch weiterhin beharrlich ihre Themen öffentlich vertreten und für eine nachhaltige Klimapolitik auf Grundlage

der Pariser Beschlüsse werben muss. Das sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dafür verändert haben, ist inzwischen nicht zu leugnen.

- Bereits diskutiert ist, mit Blick auf die Zukunft die Chancen und Möglichkeiten einer Klimapolitik, die diesen Namen verdient, herauszustellen und positive Botschaften zur Verbesserung der Lebensbedingungen (z.B. im Rahmen der Verkehrswende) zu kommunizieren. Ohne die gravierenden Konsequenzen der Erderwärmung zu verschweigen gilt es, Bilder zu produzieren, die Hoffnung machen und dabei helfen den Blick wieder mehr nach vorne zu wenden.
- Bereits auf dem Weg ist, auch den Schutz der Demokratie mit dem Kampf gegen die Erderwärmung und das Artensterben zu verknüpfen. Neben dem generell sinnvollen Widerstand gegen den Rechtsextremismus ist dies auch erforderlich, weil eine selbstbezogene nationalistische Ausrichtung verbunden mit der Leugnung des Klimawandels unvereinbar ist mit der globalen Verantwortung im Sinne von Klimagerechtigkeit.
- Verbunden damit sollte sich die Klimabewegung dem beschriebenen Trend zu eindimensionalen Weltbildern und der Polarisierung von politischen Diskursen entgegenstellen. Dies kann gelingen, wenn es gelingt, die Logik der Dialektik von ökologischer und sozialer Transformation auch auf Themen wie Krieg und Frieden oder Asyl/Flucht und Aufnahmebegrenzung/Integration anzuwenden.
- Von zentraler Bedeutung dürfte es sein, den sozialen Umbau der gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso zu fordern und voranzubringen wie den ökologischen Umbau von Wirtschaft/Industrie und Lebensweise. Der Blick auf den Anstieg erneuerbarer Energien bedarf immer auch des Blicks auf den Abbau der sozialen Ungleichheit. Ohne den zweiten ist der erste Blick nicht nachhaltig. Zarte Ansätze wurden bereits in der Kampagne „Wir fahren zusammen“ entwickelt. Rauere Forderungen zur gerechten Verteilung der Transformationskosten und zur Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums müssen folgen.
- In einem ersten Schritt sollte die Forderung nach einem „Klimageld für alle“ auf die Tagesordnung kommen und dort auch verbleiben. Die Botschaft, die von einem dynamisch ausgelegten Klimageld ausgeht, ist nicht zu unterschätzen. Sie öffnet den Blick nach vorne und hat eine präventive Wirkung hinsichtlich diffuser Zukunftsängste. Dass die Bundesregierung das Klimageld nicht bereits zu Beginn ihrer Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat, ist unverzeihlich und geht mit einer massiven Schädigung der Akzeptanz der Transformation einher.
- Schließlich eine allgemeine Schlussfolgerung: die Klimabewegung sollte bei allem was sie tut immer nach „vorne“ und dabei immer auch nach „oben“ schauen. Zudem sollte sie Polarisierungen meiden und Herausforderungen und Konflikte in ihren widersprüchlichen Seiten kommunizieren. Gewiss ist, neben zentralen Gewissheiten wie der Erderwärmung und dem Artensterben gibt es, mit Blick auf das was zu tun ist und insbesondere mit Blick auf die konkrete Umsetzung, eine Fülle offener Fragen.